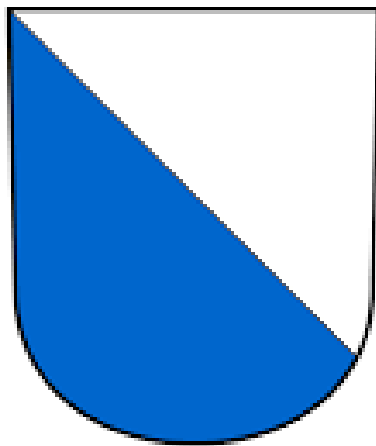


Berichte aus Stadt und Kanton Zürich



2. Hälft November 2021

16. November

Die Wirtschaft Neumarkt, geführt vom ehemaligen Spiritus Rektor des Rössli in Stäfa, erträgt den Lärm des Theater Neumarkt, das über dem Restaurant liegt, nach 25 Jahren nicht mehr und will per Ende Dezember 2021 schliessen. Ob das wohl das letzte Wort ist?

Die Abstimmung vom 28. November wirft ihren Schatten voraus. Wir werden über den neuen Richtplan abstimmen. Die Links-grüne Mehrheit in dieser Stadt will das Auto als Hauptverkehrsmittel durch das Velo ersetzen. Die Gegner wollen immer noch mit dem Auto überall hinkommen und parkieren können. Zukunft diskutiert mit der Vergangenheit!

Man erinnert sich: 2017 wurde der bis anhin unbegrenzte Pendlerabzug (für Autos) in der Steuererklärung nach einer hitzigen Debatte im Kantonsrat auf Fr. 5000.00 begrenzt. Die Regierung wollte auf 3000.00 gehen. Heute nun sieht die grüne Allianz im Kantonsrat das Problem mit der ökologischen Brille an und will diesen Pendlerabzug auf Fr. 1150.00, dem Betrag für ein ZVV-Jahresabonnement 2. Klasse für 3 Zonen, begrenzen. Der Vorstoss erreichte im Rat 73 Stimmen, was für eine vorläufige Unterstützung reicht.

17. November

Der Wirteverbandes der Stadt Zürich war bisher fest in konservativen, SVP-nahen Händen. Bei der letzten Generalversammlung kam es zu einem Knall: Der alte Vorstand wurde durch neue Leute ersetzt. Die Neuen haben daraufhin einen Beschluss gekippt, der SVP und FDP in ihrem Kampf gegen den Richtplan unterstützen wollte. Also ein frischer Wind in diesem Verband.

Heute parkieren private Autobesitzer:innen ihre Wagen für nur 300 Franken pro Jahr in der Blauen Zone. Allerdings gibt es mehr Parkkarten als Parkplätze. Private Parkplätze kosten zwischen Fr. 80.00 und Fr. 500.00 pro Monat, also wesentlich mehr als in der Blauen Zone. Mit dem neuen Richtplan sollen nur jene Leute eine Parkkarte für die Blaue Zone erhalten, die nachweisen können, dass es keine Möglichkeit gibt am Wohnort einen privaten Parkplatz zu mieten. 53% der Stadt-Zürcher Haushalte besitzen ein Auto. Auf 1000 Zürcherinnen und Zürcher kommen im Jahre 2020 324 Fahrzeuge. Im Jahre 2001 waren es noch 385 Fahrzeuge. In absoluten Zahlen sind es heute etwa 135'000 Autos.

18. November

Sexuell übertragbare Infektionen, also Geschlechtskrankheiten, sind auf dem Vormarsch. Betroffen sind hauptsächlich junge Menschen. Diese und Inhaber:innen einer Kulturlegi, sollen sich in Zukunft auf Kosten der Stadt gratis testen lassen können und zwar an der Kanzleistrasse 80. Zürich ist von diesen Krankheiten speziell betroffen. Sind auf 100'000 Einwohner:innen in der Schweiz 45 Menschen betroffen, so sind es in der Stadt Zürich 95 Menschen.

Der Bezirksrat stoppt die Auszahlungen durch die Stadt über SPAZ und Caritas an Sans Papiers, die von der Pandemie stark betroffen sind. Bürgerliche Politiker bezweifeln die Rechtmässigkeit des Vorgehens. Bis zu einer Entscheidung, die noch nicht gefallen ist, bleiben die Auszahlungen gesperrt.

19. November

Andrea Stauffacher, die unermüdliche Demonstrantin, sollte wieder einmal vor den Richter:innen stehen. Es werden ihr Beihilfe zu einem Angriff mit einer Rakete, wie man sie von den Silvesterfeierlichkeiten her kennt, auf das türkische Konsulat in Zürich, vorgeworfen. Die Beweislast gegen Andrea ist eher dünn. Die Bundesanwaltschaft wollte das Verfahren zweimal einstellen. Darauf hat das Konsulat jeweils Beschwerde erhoben. Andrea kommt aber nicht nach Bellinzona. Dort wolle sie der Bürgerliche Staat hinzutieren, sie aber wolle dorthin gehen, wo es ihr wichtig sei.

20. November

Obwohl noch nicht einmal das Datum der nächsten Regierungs- und Kantonsratswahlen bekannt ist, ist die FDP bereits in die Startlöcher gegangen. Die Volkswirtschaftsdirektorin erklärt sich «voller Tatendrang» und meldet ihre erneute Kandidatur für 2023 an. Doch dies genügt der FDP nicht. Sie will einen zusätzlichen Kandidaten ins Rennen schicken. Genannt wird etwa der Chef von Avenir Suisse. Einen Kandidaten, der dem Manchester-Liberalismus mehr huldigt, als dieser Avenir-Suisse-Direktor lässt sich kaum finden.

Sechs Gemeinden in der Nähe von Winterthur wollten ihren Zweckverband Alterswohnheim Flaachthal privatisieren und in eine Aktiengesellschaft überführen. Eine Privatperson erhob beim Bezirksrat Andelfingen eine Stimmrechtsbeschwerde, der die Beschwerde ablehnte. Der Kläger gelangte daraufhin an das kantonale Verwaltungsgericht. Dieser hob jetzt die Abstimmung vom Juni auf, mit der Begründung, der Vorstand des Zweckverbandes habe «völlig einseitig und teilweise mit unsachlichen Argumenten» für die Privatisierung geworben. Zusätzlich hätten die einzelnen Gemeinden und nicht der Zweckverband eine Abstimmung ansetzen müssen. Auch Privatisierungen sollten zum Mindesten gesetzeskonform abgewickelt werden.

23. November

Kürzlich betitelte die NZZ den Kanton Zürich als Steuerhölle. Ein Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Luzern stellt dem Kanton auch aus der Sicht der Vermögenden ein gutes Zeugnis aus. Er verneint auch die Notwendigkeit, zum Erhalt der Attraktivität für die Vermögenden, die oberste Steuerstufe zu streichen, wie dies die FDP gefordert hatte, was im Kantonsrat ja, wie berichtet, abgelehnt wurde und die NZZ zum zitierten Titel veranlasste.

Der Chef von «City Star», einem Anbieter für möblierte Wohnungen auf Zeit, sieht sein Geschäft bedroht – von der Bau- und Zonenordnung (BZO) der Stadt Zürich. Er sagt: «Die BZO ist ein direkter Angriff auf uns». Die Änderung der BZO, die vom Gemeinderat beschlossen wurde, hat zur Folge, dass solche «Appartements auf Zeit» nicht mehr zum Pflichtwohnanteil gerechnet werden dürfen. Dieser gibt die Mindestfläche für Wohnen vor, die Hausbesitzer in gewissen Gebieten der Stadt bereitstellen müssen. Appartements auf Zeit, etwa für Expats, bringen eine wesentlich höhere Rendite als normaler Wohnraum, verringert aber das Wohnungsangebot für Normalverdiener. Diese Art Zweitwohnungen müssen deshalb bekämpft werden.

Das Thema der Uferwege ist Jahrzehnte alt! Jetzt hat die kleine Mehrheit der Befürworter im Kantonsrat mit 85 zu 81 Stimmen vom Regierungsrat einen Ergänzungsbericht zu einem Bericht über die Uferwegplanung an Seen und Fließgewässern verlangt. Der Kern der Diskussion sind die 20% der Kosten für die Realisierung von Uferwegen, die die jeweiligen Gemeinden übernehmen müssen. Sind diese 20% gebundene oder ungebundene Ausgaben, will heissen, können die Gemeinden frei entscheiden, ob diese Arbeiten in Angriff genommen werden oder kann jedes Mal ein Volksentscheid erzwungen werden. Jetzt liege ein Gutachten vor, dem zufolge es sich um gebundene Aufgaben handelt, dass die Gemeinde ihren 20%-Anteil nicht hinterfragen, sondern leisten muss. Mit dem bisherigen System sind seit 2012 nur 180 Meter realisiert worden!

24. November

Strassenlärm ist für sehr viele Bewohner:innen von Wohnungen ein sehr belastendes Problem. Eine Wohnung gilt als lärmbelastet, wenn sie tags über mehr als 60 Dezibel ertragen muss und in der Nacht über 50 Dezibel. In verschiedenen Städten wurde gemessen. Genf ist der absolute Spitzenreiter. 94% aller Wohnungen liegen dort über dem Grenzwert. In Lugano sind es knapp 80%, in Lausanne etwas über 60%. Zürich liegt im Mittelfeld mit gut 50%. Am Schluss dieser Rangliste

figuriert Bern mit 40%. Bern ist also die wohnfreundlichste Stadt! Und trotzdem sind auch 40% bereits zu viel!

25. November

Das Sozialarchiv und der Rotpunktverlag legen ein Buch von Vasco Pedrina und Hans Schättli vor, mit dem Titel: Die Grosse Wende. Die Gewerkschaft Bau und Industrie und die Neuausrichtung der Gewerkschaften in den neunziger Jahren. Die Neunzigerjahre waren eine Zeit der Wende auch für die schweizerische Gewerkschaftsbewegung. Während einer langen ökonomischen Krise und einer aggressiven Offensive der neoliberalen Rechten musste sich die Linke neu orientieren und neu organisieren.

Die Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI), 1993 aus der Fusion der Gewerkschaft Bau & Holz (GBH) und der Gewerkschaft Textil, Chemie und Papier (GTCP) entstanden, leistete einen wesentlichen Beitrag dazu, der in diesem Buch beschrieben wird.

Zwei Exponenten der Veränderung, Vasco Pedrina und Hans Schättli, halten eine kritische Rückschau auf die Zeit der gewerkschaftspolitischen Aufbrüche. Sie erzählen auch, wie es dazu kam, dass die einst eher auf fremdenfeindliche Abwehr und korporatistische Sozialpartnerschaft erpichten Schweizer Gewerkschaften gerade mit Hilfe der Migration die Krise besser und offensiver meisterten als viele Gewerkschaften anderer Länder. Sie zählen heute zu den wichtigen referendumsfähigen Kräften der Schweiz.

Diesem Buch geht es um Wissenssicherung über eine bedeutende Phase linker Geschichte. Dazu gehört der lange Marsch der Achtundsechziger ins Zentrum der Gewerkschaftsapparate. Das Buch entstand aus der Überzeugung, dass ehrliche historische Erinnerung für die Identität und die Weiterentwicklung der linken sozialen Bewegungen unerlässlich ist.

Der Text richtet sich an Gewerkschafter*innen, die sich für orientierungs- und organisationspolitische Fragen interessieren und in der Vergangenheit nach Hinweisen für die Zukunft suchen. Auch Leser*innen ausserhalb solcher Organisationen erfahren hier, wie facettenreich Gewerkschaftsarbeit sein kann, wenn sie den Anspruch hat, die Gesellschaft zu gestalten, und nicht nur defensiv zu wirken. Das Buch stellt auch einen Leitfaden für Organisationsentwicklung dar. Es sei wärmstens, zum Kauf empfohlen.

Die Universität Zürich will bis 2030 klimaneutral sein, wobei mindestens 50% der Emissionen durch eigene Massnahmen reduziert werden müssen. Eingeschränkt sollen vor allem die Flugreisen. Die Pandemie hat es gezeigt, es geht auch ohne viele Flüge.

Oerlikon steht vor einem grossen Umbau. Nördlich des Bahnhofes werden Hochhäuser geplant, es sollen mehr Wohnungen, mehr Arbeitsplätze, mehr Läden und mehr Kultur entstehen. Der Stadtrat hat dafür die Sonderbauvorschriften aus den Neunzigerjahren revidiert. Der Linken im Gemeinderat ging der Deal mit den privaten Grundeigentümern zu wenig weit. Die drei grossen Grundeigentümer in diesem Gebiet sind der Kanton Zürich, die AB und die AXA. Viel ändern konnte der Gemeinderat nicht mehr. Immerhin hat er durchgesetzt, dass Hotelzimmer oder touristische Appartements nicht dem Wohnanteil zugerechnet werden dürfen.

Die Erneuerungswahlen für Kantonsrat und Regierungsrat finden definitiv am 12. Februar 2023 statt.

26. November

Die Stadt hat Einsprache gegen das Verdikt des Bezirksrates in Sachen Barauszahlungen an Sans Papiers beim Regierungsrat erhoben. Dadurch wird der Entscheid des Bezirksrates nicht rechtskräftig und die Stadt kann weiterhin Auszahlungen vornehmen.

27. November

Pünktliche zu den bevorstehenden Wahlen lanciert die SP drei Initiativen, eine in der Stadt und zwei im Kanton. Die städtische Initiative will die städtischen Wohnbaustiftungen finanziell stärken 100 Millionen Franken soll an die PWG gehen, 100 Millionen an die Stiftung Alterswohnungen und 50 Millionen an die Stiftung für kinderreiche Familien. Die eine der kantonalen Initiative will eine Renditebremse bei Renovationen privater Wohnungen einführen. Die neuen Mieten müssen jeweils von der Stadt genehmigt werden. Die zweite Initiative will ein Vorkaufsrecht für die Gemeinden beim Verkauf von Liegenschaften einführen. Die Gemeinden könnten also entscheiden, ob sie zu dem von Käufern und Verkäufern ausgehandelten Preis selbst kaufen wollen.

Im Kantonsrat haben die Bürgerlichen eine Vorlage eingebracht und durchgesetzt, die den kantonalen Steuerfuss von gegenwärtig 100% auf 99% senken will. Dies, obwohl der SVP-Finanzdirektor einen gleichbleibenden Steuerfuss beantragt hatte. Das kostet den Kanton jährlich 70 Millionen Franken und dies, bei einem budgetierten Defizit von 300 Millionen Franken! Die 70 Millionen sollen wieder eingespart werden. Wo, das überlassen die Initianten der Vorlage dem Regierungsrat, er soll schauen, wo er sparen kann.

29. November

8-Mal durfte man bei den Abstimmungen vom 28. November Ja oder Nein schreiben. Mit dem städtischen Siedlungsrichtplan ist eine wichtige Weichenstellung für Zürichs Zukunft gelungen. Auch der Verkehrsrichtplan wurde angenommen, wenn auch weniger stark. Die SVP will hier auch wieder mitmischen und kündigte am Abstimmungssonntag eine städtische Volksinitiative an, die Tempo-30-Zonen auf Hauptstrassen verbieten will. Die Freisinnigen haben schon vor Wochenfrist eine kantonale Initiative mit ähnlicher Stossrichtung präsentiert, allerdings mit Fokus auf den öffentlichen Verkehr.

Der VPOD nutzt die Gunst der Stunde nach der Annahme der Pflegeinitiative und verlangt von der Gesundheitsdirektion des Kantons umgehend eine Vorlage für höhere Löhne für das Gesundheitspersonals.

30. November

Die Zürcher Staatsanwaltschaft stellt sich gegen den Bundesrat und dessen Absicht, den Raser-Tatbestand zu lockern. Als Raser gilt heute, wer mit 70 km/h durch eine 30er-Zone fährt, innerorts um 50 Km/h und ausserorts oder auf der Autobahn mindestens 80 Km/h zu schnell unterwegs ist. Wer heute diesen Tatbestand erfüllt, muss für mindestens ein Jahr hinter Gitter und der Fahrausweis wird ihm für mindestens zwei Jahre entzogen. In seiner Botschaft spricht der Bundesrat von «unnötiger Härte» und will die Bestrafung reduzieren. Die Strassenlobby war wohl erfolgreich. Für dieses Mal gebührt unserer Staatsanwaltschaft Unterstützung.

Im Kantonsrat wird die «Kreislaufinitiative» der Jungen Grünen behandelt. Die Initiative legt ihren Schwerpunkt auf Konsum und Konsument:innen. Für einmal geht der Gegenvorschlag von Regierungsrat und vorberatender Kommission aber weiter und will insbesondere auch die Bauwirtschaft und die Industrie mit einbeziehen. Allerdings fehlt den Initiant:innen im Gegenvorschlag, dass Anreize für einen «ressourcenschonenden, individuellen Konsum» explizit im neuen Verfassungsartikel erwähnt werden.